

Recht auf Protest?

Versammlungsgesetze und Polizeigewalt gefährden in Deutschland die Demonstrationsfreiheit



7. Juni 2007: Rund 10.000 Demonstrantinnen und Demonstranten nehmen trotz eines weiträumigen Demonstrationsverbots am Sternmarsch gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm teil und blockieren mehrere Stunden die Zufahrtsstraßen zum Gipfel. Die Polizei geht mit Knüppeln, Wasserwerfern, Pfefferspray und Unterstützung der Bundeswehr gegen die friedlichen Proteste vor. Heute steht fest: Die Polizei hat im Vorfeld mit Falschaussagen Stimmung gegen Gipfelgegnerinnen und -gegner gemacht und das Demonstrationsverbot war laut einem aktuellen Urteil des Verwaltungsgericht Schwerin rechtswidrig. Übergriffe blieben für die meisten Polizistinnen und Polizisten folgenlos.

Versammlungsfreiheit als Grundrecht

Die Vorgänge rund um die Gipfelproteste bei Heiligendamm machen klar, dass die Versammlungsfreiheit oft nur auf dem Papier existiert. Artikel acht des Grundgesetzes gibt zwar allen Deutschen das Recht „sich ohne Anmeldung und Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln“, dieses darf jedoch durch Gesetze beschränkt werden. Diese Beschränkungen sind vor allem im Versammlungsgesetz geregelt. Dieses verpflichtet die Veranstalterinnen und Veranstalter eine Demonstration – ausgenommen Spontan- und Eilversammlungen – spätestens 48 Stunden vor Beginn anzumelden. Es regelt zudem die Möglichkeit des Verbots und der Auflösung von Versammlungen und nennt einige

Straf- und Bußgeldvorschriften: So ist der Aufruf zu einer verbotenen Versammlung eine Straftat, während die Teilnahme nur eine Ordnungswidrigkeit darstellt, die mit einem Bußgeld bestraft werden kann. Die Bedeutung der Versammlungsfreiheit hat das Bundesverfassungsgericht in seinem oft zitierten Brokdorf-Urteil von 1985 hervorgehoben: „Das Recht des Bürgers, durch Ausübung der Versammlungsfreiheit aktiv am politischen Meinungsbildungsprozeß und Willensbildungsprozeß teilzunehmen, gehört zu den unentbehrlichen Funktionselementen eines demokratischen Gemeinwesens. Diese grundlegende Bedeutung des Freiheitsrechts ist vom Gesetzgeber beim Erlaß grundrechtsbeschränkender Vorschriften sowie bei deren Auslegung und Anwendung durch Behörden und Gerichte zu beachten.“

Verbote und Auflagen

Die größte praktische Bedeutung hat das Recht der Polizei, Versammlungen zu verbieten oder Auflagen zu erteilen. Dies ist grundsätzlich nur zum „Schutz der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung“ möglich und muss dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit entsprechen. Die staatlichen Behörden legen den Begriff der „öffentlichen Sicherheit oder Ordnung“ regelmäßig sehr weit aus. Oft werden Anhaltspunkte für eine Gefährdung herbeikonstruiert: So wurden im Fall des Demonstrationsverbot bei Heiligendamm geplante Gewalttätigkeiten und sogar eine erhöhte Terrorgefahr als Begründung herangezogen. Eine eigentlich notwendige „konkrete Umstände einbeziehende Prüfung der Verhältnismäßigkeit“ des Verbots blieb jedoch laut Bundesverfassungsgericht aus. Auch Auflagen (z.B. zur Anzahl der Ordnerinnen und Ordner oder zum Mitführen von Gegenständen und

Fortsetzung auf Seite 4

Erfolgreiche PelzgegnerInnen

Kampagnenarbeit – der Schlüssel zum Erfolg?

Es gibt viele Methoden, um für eine herrschaftsfreie Gesellschaft zu kämpfen. Während die einen ihren Schwerpunkt auf Theoriearbeit legen, versuchen andere, durch Aktionen konkret Veränderungen zu erzielen. Schwierig ist dabei immer, die Effektivität bestimmter Aktionen oder Projekte einzuschätzen. Eine Form der politischen Arbeit gibt diesbezüglich jedoch eine klare Rückmeldung – die Kampagnenarbeit.

Die Kampagne, wie sie in der Tierbefreiungsbewegung schon mehrfach erfolgreich durchgeführt wurde, zeichnet sich durch ihre klar definierten Forderungen aus, mit denen sie ein Unternehmen konfrontiert. Im Fall der im vergangenen Jahr erfolgreich abgeschlossenen Anti-Pelz-Kampagne gegen Escada war eine der Forderungen die schriftliche Bestätigung über den Ausstieg aus dem Pelzhandel. Werden die aufgestellten Forderungen nicht erfüllt, startet die Kampagne; bei Escada gab es allein in den ersten Monaten mehr als 300 Aktionen und es beteiligten sich Aktivist_innen aus über 20 Ländern. Kampagnen sollten keine hierarchische Struktur haben, ein Organisationsteam kann aber hilfreich sein: Bei der Koordination, um mit dem betroffenen Unternehmen Kontakt zu halten und eine Homepage für die Dokumentation der Aktionen zu erstellen. Der Vorteil für Aktionsgruppen, sich einer Kampagne anzuschließen oder gar eine eigene aufzustellen ist nicht nur, dass die Kampagne ein konkretes Ziel liefert, sondern auch, dass sie Aussicht auf Erfolg verspricht. Außerdem gibt es immer viele Ansatzpunkte, um den Druck aufzubauen, der notwendig ist, um die Kampagne erfolgreich abzuschließen. Bei der Escada-Kampagne wurde zum einen die Kundschaft direkt vor den Läden mit den Grausamkeiten der Pelzindustrie konfrontiert, zum anderen kam es zu Störungen von



Demonstration gegen Tierversuche und die Pelzindustrie in Münster (Westfalen) 2009 | Foto: Michael Schulze von Glaßer

Aktionärsversammlungen, Fashionshows und anderen Events. Ein finanzieller Schaden, verursacht durch Kundenverlust, direkte Aktionen und Imageschaden ist oft die Voraussetzung für das Unterneh-

men, Forderungen zu erfüllen. Abgeschlossene Kampagnen geben meist keinen Aufschluss darüber, welcher Faktor ausschlaggebend für den Erfolg war. Bei Escada kann man aber davon ausgehen, dass sowohl der Imagewandel des Konzerns und die zwischenzeitlich sehr schlechte finanzielle Lage als auch die Kontinuität der Aktionen und einige direkte Aktionen dazu beigetragen haben, dass dieses Unternehmen keinen Echtpelz mehr verkauft.

Von den Kritikpunkten an der Kampagnenarbeit wäre an erster Stelle wohl das Risiko der Repression zu nennen. Für Escada lag es nahe, zuerst mit juristischen Mitteln gegen die Kampagne vorzugehen, um sie ohne Erfüllung der Forderungen loszuwerden. So wurden angemeldete Aktionen durch einstweilige Verfügungen oder übertriebene Auflagen weitgehend eingeschränkt und Aktionen des zivilen Ungehorsams strafrechtlich verfolgt. Kampagnen können außerdem sehr lange dauern, je nachdem wie hoch das Ziel gesteckt ist. Wie sich auch bei der 3-jährigen Escada-Kampagne zeigte, besteht hierbei die Gefahr, dass die Beteiligung der Aktionsgruppen sinkt. Während sich anfangs viele Gruppen aus der BRD und anderen Ländern beteiligten, konzentrierte sich der Protest gegen Ende auf nur wenige Städte.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass Kampagnen ein sehr effektives Mittel im politischen Kampf sind, sofern eine rege und kontinuierliche Beteiligung anderer Gruppen bis zum Schluss vorausgesetzt werden kann. Der Erfolg der Escada-Kampagne zeigt nicht zuletzt, dass auch große, prestigeträchtige Konzerne nicht immun gegen den Protest sozialer Bewegungen sind.

Verokinka Fesl

editorial

Rise up!

In Tunesien und Ägypten wurden in den letzten Wochen die Regime gestürzt – ausgehend von jungen Menschen, die sich über das „social network“ organisierten und keiner festen politischen Oppositionsgruppe angehörten, sondern einfach das gemeinsame Ziel verfolgten, die gewaltsame Herrschaft der Autokraten zu beenden. Es bleibt allerdings abzuwarten, ob jetzt tatsächlich die jahrzehntelange Repression beendet ist oder einfach nur ein neues Regime die Menschen unterdrücken wird.

Repression, unser Hauptthema dieser utopia-Ausgabe, kann viele Formen annehmen. Die Westsahara wird seit Jahrzehnten von Marokko unterdrückt, die Befreiungsbewegung verspricht allerdings auch keine Repressionsfreiheit (Seite 2).

Aber auch in unserem direkten Umfeld können wir repressives Vorgehen tagtäglich erleben. Flüchtlinge in Deutschland leben unter menschenunwürdigen Bedingungen (Seite 3 und 7) und linke AktivistInnen sehen sich der Repression seitens Polizei und Justiz gegenüber (Leitartikel Seite 1 und 4 sowie Seite 5). Und was ist eigentlich mit der Unterdrückung von Frauen? Was trägt der Internationale Frauentag am 8. März zur Gleichstellung der Geschlechter bei (Seite 3)? Wie Frauen und/oder homosexuelle Menschen im Fußball für ihre Anerkennung eintreten müssen und ob die Ultra-Szene eine Alternative zur männlich dominanten Fankultur darstellt, könnt ihr auf Seite 7 nachlesen.

Was können wir konkret gegen diese verschiedenen Arten von Repression machen? Die kreative Prozessführung (Seite 5) und die Escada-Kampagne (Seite 1) stellen Beispiele dar. Auf jeden Fall ist es wichtig, sich mit dem Thema auseinander zu setzen und sich zu informieren: Die Zeitschrift „iz3w“ stellt dabei eine Möglichkeit dar (Seite 8). Aber natürlich auch die utopia! Wir suchen nach wie vor nicht nur interessierte LeserInnen, sondern auch interessierte und aktive Menschen, die die utopia verteilen und mitgestalten wollen. Außerdem könnt ihr die utopia unterstützen, indem ihr FairTrade-Pullis und T-Shirts mit utopia-Aufdruck unter www.grandiosoversand.de (je fünf Euro gehen dann an die utopia!) bestellt.



Also: Lesen, Verteilen, Mitschreiben für eine herrschaftslose und gewaltfreie Gesellschaft!

Eure utopia-Redaktion

Der vergessene Krieg

Der Westsahara-Konflikt nimmt kein Ende und die Welt schaut zu

Seit 35 Jahren wird die Westsahara von Marokko besetzt und für sich beansprucht. Da ein Großteil der ansässigen Bevölkerung die Besetzung nicht akzeptieren will, eskalierte der Konflikt schnell zu einem Krieg. Seit 19 Jahren ist ein Waffenstillstandsabkommen in Kraft, die Lage galt lange als beruhigt. Doch der Schein trügt.



Grafik: Wikipedia

Der marokkanische König Mohammed VI. gilt als wesentlich liberaler als sein rücksichtslos agierender Vater und Vorgänger Hassan II., der Andersdenkende in unterirdischen Gefängnissen in der Wüste einkerkern ließ. Dennoch ist der Westsahara-Konflikt weit davon entfernt auf diplomatischem Wege gelöst zu werden. Als Marokko das Gebiet 1975 einnahm, rief die sogenannte POLISARIO-Bewegung die unabhängige Republik Westsahara aus und organisiert seitdem den bewaffneten Widerstand gegen die Besatzer. Etwa 100.000 Menschen flohen nach Kriegsausbruch ins benachbarte Algerien. 1991 kam es durch Vermittlungen der UNO zu einem Waffenstillstand, der sich jedoch als extrem brüchig erwies, denn eingeschlafen ist der Konflikt keineswegs. Immer wieder kommt es zu Auseinandersetzungen zwischen den einheimischen Sahraouis und den marokkanischen Streitkräften. In regelmäßigen Abständen demonstrieren in Marokko und im europäischen Ausland zahlreiche westsaharische Studenten. Erst im November kamen elf Menschen bei der gewaltsamen Räumung eines POLISARIO-Zeltlagers ums Leben und im vergangenen Jahr erregte die westsaharische Menschenrechtsaktivistin Aminatou Haidar mit einem 32-tägigen Hungerstreik weltweite Aufmerksamkeit.

Doch nicht nur die extrem repressiv vorgehende marokkanische Staatsmacht ist kritisch zu beäugen, auch die POLISARIO schert sich nicht besonders um Gewaltfreiheit und Selbstbestimmung. Ihr Generalsekretär hat sich zwar vom bewaffneten Kampf distanziert, ist aber trotz offiziell sozialistischer Ausrichtung der POLISARIO seit 34 Jahren an der Macht. Gleichzeitig wurde er bereits kurze

Zeit nach Gründung der Republik Westsahara auch ihr Präsident – und ist es bis heute geblieben. Wie sieht die Zukunft aus?

Wie es mit der Westsahara weitergeht, ist völlig offen. Zumindest auf diplomatischer Ebene herrscht seit Jahren Stillstand. Die marokkanische Seite ist

der Wüstenlandschaften im Osten. Solange sich die Marionettenregierung des marokkanischen Königs den westlichen Forderungen nach mehr (Markt-)Liberalität fügt, schaut man bei den sozialen Missständen in der einfachen marokkanischen Bevölkerung gerne weg.

Auf Seiten der Westsahara scheint die Ratlosigkeit



Demonstration gegen die Besetzung von Westsahara im spanischen Bilbao, Mai 2008 | Foto: Saharaiiak

geostrategisch im Vorteil, hält alle Seezugänge und auch die größte Stadt der Region besetzt. Marokko behandelt die Westsahara völlig selbstverständlich als eine seiner Provinzen, ein Referendum über die Unabhängigkeit wurde von den Machthabern in Rabat bis heute erfolgreich verhindert. Auch nahezu alle westlichen Staaten scheuen die Konfrontation mit dem nordafrikanischen Königreich. Zu groß wäre der Verlust von Rohstoffen wie Phosphat und Fischbeständen und dem Wüstenstromprojekt DESERTEC, zu gering die Bedeutung

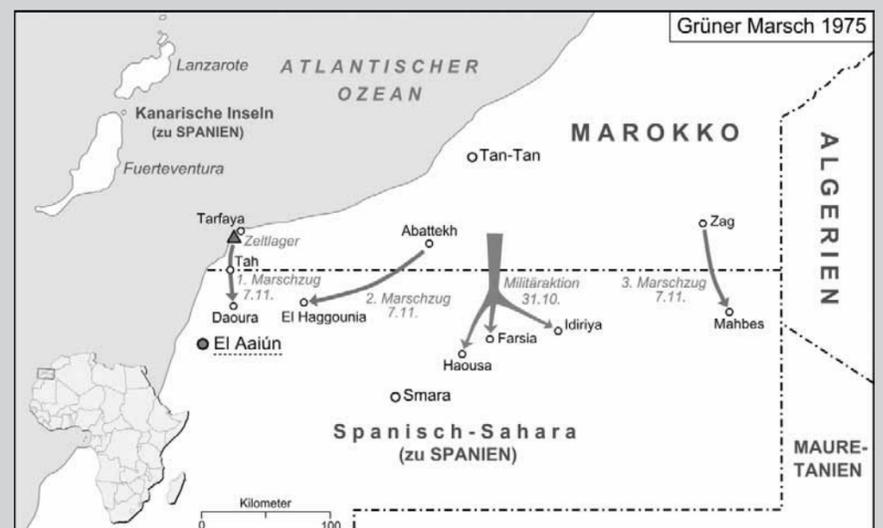
keit und Verzweiflung immer mehr zuzunehmen. Aktionen des zivilen Ungehorsams und Demonstrationen für die Unabhängigkeit der Westsahara nehmen zwar in letzter Zeit zu, in der high society der internationalen Politik werden ihre Interessen allerdings ignoriert. Auch wenn der Präsident der Republik Westsahara, Mohamed Abdelaziz, eine diplomatische und friedliche Lösung zu bevorzugen scheint, gibt es auch in den Reihen der POLISARIO Stimmen, die eine Rückkehr zum bewaffneten Kampf fordern. Sollte flächendeckender Widerstand jedoch scheitern, läuft alles auf ein Aussitzen des vergessenen Krieges hinaus.

Julien

Infobox

Wie kam es zum Konflikt?

Fast 100 Jahre lang stand das Rio de Oro genannte Gebiet unter spanischer Verwaltung. Nach dem Tod Francos jedoch zog sich die spanische Armee wieder aus der Westsahara zurück. Sogleich stellten Marokko und auch Mauretanien Besitzansprüche an das Gebiet. Während Mauretanien diese schnell aufgab, begann Marokko im November 1975 mit dem sogenannten „Grünen Marsch“. Innerhalb von 15 Tagen nahmen etwa 350.000 Menschen die Westsahara für sich in Anspruch. Ziel der Invasion und der darauffolgenden Besetzung waren und sind die gigantischen Phosphatvorkommen in dem Gebiet. Marokko gilt heute als einer der weltweit größten Phosphatexporteure. Daraufhin bildete sich die Widerstandsbewegung Frente Popular para la Liberación de Saguía el Hamra y Río de Oro, kurz POLISARIO, die in einem blutigen Krieg vom marokkanischen Militär energisch bekämpft wurde. Derzeit hält Marokko zwei Drittel des umstrittenen Gebiets im Osten besetzt und behandelt es wie eine zusätzliche Provinz. Dieser Teil des Gebiets ist durch einen fast 3.000 km langen und extrem stark verminten Sandwall vom Rest abgegrenzt. Dieser „Rest“ wird von der Republik Westsahara kontrolliert. Diese ging faktisch aus der POLISARIO hervor und wird heute von 46 Staaten weltweit anerkannt. Aufgrund der marokkanischen Besetzung hat die westsaharische Regierung ihren Sitz in der algerischen Stadt Tindouf. Nicht weit entfernt von Tindouf existiert ein riesiges Flüchtlingslager, in dem hunderttausende vertriebene Bewohner der Westsahara unter teils erbärmlichen Umständen leben.



Grafik: Wikipedia

Anzeigen

T-Shirts ★ **Kapus** ★
 ★ **Girlies** ★
 bedruckt und unbedruckt

über 1000 Button Motive
Buttonproduktion
 auch Kleinstauflagen

www.roter-shop.de

Aufnäher
Tonträger
Aufkleber
Lesestoff
Klamotten
Buttons
 (auch Herstellung)

NO GODS BUT THE WASTERS
 AGAINST AUTHORITY
 HERRN
 ANTIFASCISTS

SCHWARZESOCKE.COM

100 Jahre Internationaler Frauentag

Vor 100 Jahren wurde er zum ersten Mal gefeiert: Der Internationale Frauentag. Nach einem Streik von Textilarbeiterinnen wurde der Tag 1910 auf Initiative der Sozialistin Clara Zetkin auf der II. Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz förmlich beschlossen und im März 1911 zunächst in fünf Ländern begangen.

Clara Zetkin, Weggefährtin von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, Mitglied des linkssozialdemokratischen Spartakusbundes, ab 1919 der KPD und Vorstand der Roten Hilfe Deutschlands, war es besonders wichtig, dass der Kampf der Arbeiter_innen auch ein Kampf für Frauenrechte ist.

Zentrale Forderungen

Marxistisch geprägt sprach sie sich zunächst dafür aus, die „Frauenfrage“ als Nebenwiderspruch (neben dem Konflikt von Erwerbsarbeit und Kapital) anzusehen und die Emanzipation der Frauen auf die Zeit nach der Revolution zu verschieben. Die Frauenbewegung war in großen Teilen bürger-

lich geprägt, was ihr als Sozialistin missfiel. Später trat sie jedoch auch für das aktive und passive Frauenwahlrecht ein, welches neben gerechter

Entlohnung und Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen die wichtigste Forderung des ersten Internationalen Frauentages war. Auch in den folgenden Jahren blieben diese Forderungen am Frauentag zentral, zusammen mit Mutterschutz und dem Recht auf Abtreibung. In der NS-Zeit wurde der Frauentag verboten. Eingeführt wurde der Muttertag (der noch heute gefeiert wird!), der die Frau auf ihre Gebärfunktion reduziert. Nach 1945 geriet der 8. März in der BRD in Vergessenheit, während in der Sowjetunion und somit auch in der DDR bzw. in der sowjetisch besetzten Zone schon 1946 wieder der Tag begangen wurde. Frauen wurden an dem Tag mit besonderer



Clara Zetkin | Foto: Wikipedia

Aufmerksamkeit bedacht und ihre Leistungen für den „real existierenden Sozialismus“ gelobt. Viele empfanden das als blanken Hohn. Einmal

im Jahr wird an sie gedacht, die sie das ganze Jahr lang Kinder und Haushalt mit der Erwerbsarbeit unter einen Hut bringen müssen, von „Gleichberechtigung“ wenig mitkriegen: es kam das Gefühl auf, für die Selbstbeweihräucherung des Staates herzuhalten. Teile der Frauenbewegung in der BRD kramten den Internationalen Frauentag in den 1960er-Jahren wieder hervor und demonstrierten am 8. März für Frauenrechte.

Gönnerrhaftes Symbol?

Schon damals war und auch heute noch ist der Internationale Frauentag umstritten. Manche halten ihn für überflüssig, weil sie der Meinung sind, es reiche mit der Emanzipation.

Schwierigkeiten, denen sich Frauen gegenübersehen, seien individueller und nicht systematischer Art. Dabei vergessen sie die Leistungen von Feminist_innen über die Jahrzehnte. Manche halten den internationalen Frauentag für ein bloßes Symbol, gönnerhaft erhaltene 24 Stunden, die den Frauen gewidmet werden, in denen sie rote Nelken geschenkt bekommen und während derer über Rückständigkeit auf dem Weg zur Gleichberechtigung geredet wird, nur um am nächsten Tag zum patriarchalen und ausbeuterischen Normalzustand zurückzukehren. Schön wäre es, wenn es den Tag nicht mehr bräuchte, wenn Frauenrechte als Menschenrechte akzeptiert wären und Geltung hätten. Leider ist es bis dahin noch ein langer Weg. So bleibt der 8. März auch dieses Jahr ein Tag zur internationalen Solidarisierung gegen unfaire und ausbeuterische Arbeits- und Lebensbedingungen, wie er es schon vor 100 Jahren war.

Alex

Das Leben im Lager

Über die rassistischen Zustände in Gerstungen

Das Leben von Flüchtlingen in Deutschland ist geprägt von Diskriminierung und Einschränkungen. Am Beispiel des Gerstunger Flüchtlingslagers soll die Situation in diesen Einrichtungen dargestellt werden. Ein würdevolles Leben ist an einem solchen Ort unmöglich.

Abgelegen am Rande der Kleinstadt Gerstungen in Thüringen liegt eine ehemalige Kaserne. Ein verfallenes Objekt umzäunt und abgeriegelt durch ein altes verrostetes Tor. Isoliert zwischen Bahngleisen und der A4 sind in diesem alten Gebäude Flüchtlinge aus aller Welt untergebracht.

Flüchtlingslager sind für Menschen, die sie in Anspruch nehmen müssen, immer eine Zumutung, so auch in der BRD. Antirassismus- AktivistInnen der Karawane und von The Voice: Refugee Forum engagieren sich schon lange gegen diese Zustände. In Gerstungen wurde MitgliederInnen dieser Organisationen der Zugang zum Lager verweigert. Rassistische HetzerInnen der regionalen NPD bekommen jedoch Zutritt zum Wohnraum der Flüchtlinge und können ungestört eine Drohkulisse aufbauen (so geschehen im November 2010, Quelle: The Voice).

der wurden nur notdürftig geflickt. Eine Vielzahl weiterer Mängel waren sichtbar.

Das alltägliche Zusammenleben gestaltet sich als besonders schwierig. Eine fünfköpfige Familie muss sich geschätzte 14 Quadratmeter Wohnfläche teilen.

Ärztliche Versorgung findet nur unzureichend statt. Kleinere und größere medizinische Behandlungen werden durch die zuständigen Behörden abgelehnt. Der Zahnarzt in Gerstungen verweigert die Behandlung der Flüchtlinge, weil das Sozialamt für die Behandlung der Flüchtlinge nicht genügend zahlt.

Gerstungen ist kein Einzelfall

MigrantInnen werden (nicht nur) in der BRD außerhalb des bürgerlichen Rechts gestellt. In Thüringen und den meisten anderen Bundesländern besteht für sie „Residenzpflicht“, das heißt, dass sie sich nur in dem Landkreis, in dem sie untergebracht sind, oder einem eigens definierten - in der Praxis kleineren - Gebiet, bewegen dürfen. Besonders problematisch gestaltet sich diese Regelung für die MigrantInnen in Gerstungen, da die Grenze zu Hessen nur ein paar hundert Meter vom Flüchtlingslager entfernt, aber nicht ausgeschildert ist. Kontakte zu FreundInnen und Verwandten, ganz zu schweigen von politischer Teilhabe, werden durch dieses Sondergesetz erschwert, wenn nicht gar verunmöglicht. Geldstrafen wegen Verletzung der Residenzpflicht sind an der Tagesordnung. Eine Vielzahl der BewohnerInnen lebt schon seit vielen Jahren hier (teilweise 17 Jahre).

Eine „Duldung“ (vorübergehende erlaubter Aufenthaltsstatus) wird im besten Fall erneuert und die Menschen leben in ständiger Angst vor einer drohenden gewaltsamen Ausweisung. Auch mit einer Duldung ist es fast unmöglich eine Arbeitserlaubnis zu bekommen geschweige denn (Lohn-) Arbeit zu finden.

Ein Mindestmaß an Normalität und Selbstbestimmung, das eigene Leben zu gestalten, bleibt ihnen verwehrt. MigrantInnen werden zu Menschen zweiter Klasse. Einige migrantische AktivistInnen wollen es bei dieser Situation nicht belassen. Denn

verschärft sich die rassistische Deutsche Justiz. Der Aktivist Reza Memar Bashee und seine Familie wurden aufgrund seines Widerstandes abgeschoben. In der Nacht vom 25. auf den 26.10.2010 wurde er mit seiner Familie gegen 3.30 Uhr von der Polizei verschleppt und in die Niederlande gebracht.

Menschenunwürdige Unterbringung

Ortsansässige AntifaschistInnen machten im Oktober 2010 eine Begehung der ehemaligen Kaserne. Im Inneren dieses tristen Gebäudekomplexes müssen 83 Menschen (Stand Sept. 2010) leben, von denen eine Vielzahl Kinder und Jugendliche sind (2007 offiziell 44 Kinder). Nicht nur von außen sind massive Verfallserscheinungen sichtbar, vor allem im Inneren zeigt sich die menschenunwürdige Unterbringung: In den Bädern und Toiletten schimmelt es; Männer haben eine Gemeinschaftsdusche mit verrosteten Rohren; Duschköpfe sind nicht vorhanden; das Wasser schießt in Form eines harten Strahls aus den Rohren; Frauen haben pro Etage einen Gemeinschaftstoilettenraum mit einer Dusche. Nicht zuletzt dadurch gibt es keinerlei Privatsphäre und selbst die Toilettentüren sind nicht verschließbar.



Frauen und Mädchen haben Angst, die Toiletten und die Dusche ohne Begleitung zu benutzen, weil es schon häufiger zu Belästigungen gekommen ist. Im gesamten Haus lagen zur Zeit unseres Besuches elektrische Leitungen offen; Rauchmelder waren zugeklebt; Schäden am Treppenhausegelän-



Blockade der Ausländerbehörde in Münster im Rahmen der Aktion „Tag ohne Abschiebung“ am 29. August 2008 Fotos: Michael Schulze von Glaßer

Er war auf einem Video bei Youtube zu sehen, wie er auf die Zustände des Gerstunger Lagers hinwies. Die Menschen aus der Gemeinschaftsunterkunft Gerstungen wollen sich nicht einschüchtern lassen. Ihre Forderungen bleiben: „Die Schließung des Heims und die Menschenwürdige Unterbringung

für alle!“ (Quelle: The Voice- Refugee Forum Jena). Und dafür werden sie auch weiterhin kämpfen.

AR-WAK (Anarchist Resistance Wartburgkreis)

Anzeige

graswurzel revolution
 Monatszeitung für eine gewaltfreie und herrschaftslose Gesellschaft

Kostenloses Probeexemplar der **Graswurzelrevolution** bestellen unter: **www.graswurzel.net**
 oder eine Postkarte schicken an: GWR-Vertrieb, Birkenhecker Straße 11, D-53947 Nettersheim
 oder per Telefon: 02440/959-250; Fax: -351
 oder per Mail: abo@graswurzel.net

Kleinanzeige

Jugendzeitung, 3 1/2 Jahre jung, herrschaftslos, gewaltfrei und basisdemokratisch sucht...

Dich

für

* Mitarbeit: Das Redaktionsteam freut sich über Verstärkung, u.a. bei der Planung zukünftiger Ausgaben und bei organisatorischen Aufgaben. Auch wenn Du nur ab und zu einen Artikel schreiben willst, kannst Du Dich gern melden: redaktion@jugendzeitung.net

* Verteilen: Die utopia soll von möglichst vielen Menschen gelesen werden. Für sehr wenig Geld kannst du bereits die utopia in größerer Stückzahl abonnieren, um sie in Jugendzentren, Schulen und Hochschulen sowie bei Demos, Festivals oder sonstigen Veranstaltungen zu verteilen oder auszulegen. jugendzeitung.net/bestellen

Fortsetzung von Seite 1 „Recht auf Protest?“



Transparenten) werden oft ohne konkrete Anhaltspunkte in einem Standardverfahren erteilt. Sie schränken das Recht ein, über Art und Weise einer Versammlung selbst zu entscheiden, und werden regelmäßig von Gerichten für rechtswidrig befunden: Der Bayerische Gerichtshof München hat für eine Demonstration in Mittenwald 21 von 25 Auflagen als rechtswidrig erklärt.

Neue Versammlungsverhinderungsgesetze

Seit der Föderalismusreform 2006 haben die Bundesländer das Recht, eigene Versammlungsgesetze zu erlassen, die dann das Bundesversammlungsgesetz ablösen. Bisher hat nur Bayern von diesem Recht Gebrauch gemacht. 2008 verabschiedete die damalige CSU-Mehrheit im bayrischen Landtag das neue Versammlungsgesetz. Dieses hatte jedoch eher den Namen Versammlungsverhinderungsgesetz verdient: Versammlungen sollten 72 statt 48 Stunden vorher angemeldet, Demonstrationsleiterinnen und leiter einfacher zur Verantwortung gezogen und die Datenerhebung, unter anderem durch Bild und Tonaufnahmen, erleichtert werden. Vor allem enthielt das Gesetz jedoch zahlreiche viel zu unbestimmte Begriffe, die bei entsprechender Auslegung gegen nahezu jede Versammlung verwendet werden können. Laut der FDP-Politikerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger enthielt das Gesetz viele Bestimmungen, „die sehr einschüchternd wirken auf alle Bürger, die sich versammeln wollen“. Das Bundesverfassungsgericht hatte so gravierende Bedenken, dass es einen Teil der Vorschriften Anfang 2009 außer Kraft setzte. Inzwischen gibt es ein neues Gesetz, in dem einige problematische Regelungen zurückgenommen wurden. Die Anwälte, die auch schon das erste Gesetz angefochten haben, wollen trotzdem erneut vor das Verfassungsgericht ziehen: Sie kritisieren weiterhin die weitreichenden Befugnisse der Polizei bei der Datenerhebung

sowie das schwammige „Militanzverbot“. Eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts sei auch wünschenswert, weil in Baden-Württemberg und Niedersachsen ähnliche Gesetzesentwürfe vorliegen.

Polizeigewalt

Nicht nur die grundrechtseinschränkenden Vorschriften in Versammlungsgesetzen können eine einschüchternde Wirkung auf (potenzielle) Demonstrationsteilnehmerinnen und -teilnehmer haben: Auch die massive Polizeipräsenz kann Personen davon abhalten, von ihren Rechten Gebrauch zu machen. Alleine die Anwesenheit von Polizistinnen und Polizisten (oft in Kampfmonturen und aneinandergereiht neben Demonstrationen marschierend) schafft eine bedrohliche Kulisse. Hinzukommen immer wieder gewaltsame Übergriffe auf Teilnehmende.

Kennzeichnungspflicht als Lösung?

Eine effektive Strafverfolgung bleibt jedoch in den meisten Fällen von Polizeigewalt aus. Durch die Uniformierung und – vor allem bei Demonstrationen – durch die Vermummung mit Sturmmasken und Helmen ist es schwierig bis unmöglich die Identität der Gewalttätigen festzustellen. Hinzu kommt eine Solidarität zwischen Polizistinnen und Polizisten, die dazu führt, dass diese nicht gegeneinander aussagen. Einige Parteien und Menschenrechtsorganisationen (vor allem amnesty international Deutschland mit der Kampagne „Mehr Verantwortung bei der Polizei“) sehen daher eine Pflicht zur individuellen Kennzeichnung als notwendige Maßnahme gegen Polizeigewalt. Die Polizistinnen und Polizisten müssten demnach deutlich sichtbar ihren Namen oder eine ihnen zuzuordnende Nummer tragen. Eine weitere Forderung, die oft in dem Zusammenhang erhoben wird, ist die Einrichtung von unabhängigen Ermitt-

lungsinstanzen für Anzeigen gegen Polizistinnen und Polizisten. Schließlich könne die Polizei nicht unparteiisch gegen sich selbst ermitteln. Fraglich ist jedoch, ob eine effektive strafrechtliche Verfolgung von Polizeiübergriffen das Problem lösen kann. Dies setzt unter anderem voraus, dass sich Polizistinnen und Polizisten Gedanken über die strafrechtlichen Folgen ihres Handelns machen, bevor sie sich entscheiden, ob sie gewalttätig werden oder nicht. Dies kann angesichts nervlich belastender Situationen, einer aggressiven Grundhaltung und von Medien und Polizeiführung geschürter Angst vor vermeintlich gewalttätigen Demonstrierenden in Zweifel gezogen werden.

„Cop Culture“

Ein anderer Ansatz sucht die Ursachen von Polizeigewalt weniger in der mangelhaften strafrechtlichen Verfolgung als in der polizeilichen Subkultur, der „Cop Culture“. Weitgehend abgeschottet von der restlichen Gesellschaft würden sich Feindbilder, ein Gefühl der Kameradschaft sowie eine grundsätzliche Gewaltbereitschaft entwickeln. Ein wirksames Entgegenwirken innerhalb der Polizei erscheint schwierig. Das Antidiskriminierungsbüro Berlin kommt daher in der Broschüre „Vom Polizeigriff zum Übergriff“ zu dem Schluss: „Der Bezug auf die Aufrechterhaltung der bestehenden Ordnung, auf deren Verteidigung gegen Normbrecher_innen und Störer_innen, die Drohung mit und der Einsatz von Gewalt sind Merkmale jeder Polizei. Übergriffe sind somit kein Unfall, sondern Folge des normalen Funktionierens der Institution Polizei.“

Mit Recht gegen Repression

Wie oben beschrieben ist fraglich, ob das Anzeigen von Polizeiübergriffen – abgesehen von der geringen Erfolgsaussicht – immer eine abschreckende oder erzieherische Wirkung hat. Rechtliches Vorge-

hen kann jedoch auch als Mittel gesehen werden, das Thema auf die Tagesordnung zu setzen und die Gesellschaft für das Problem Polizeigewalt zu sensibilisieren. Bei Verfahren gegen Demonstrationsverbote oder Auflagen sind die Erfolgschancen oft besser. Hierbei muss zwischen den Kosten (Zeitaufwand, Verfahrenskosten bei Niederlage) und dem Nutzen abgewogen werden. Bei unmittelbar anstehenden Grundrechtseingriffen ist oft auch schon die Drohung von rechtlichen Schritten erfolgreich. Dazu müssen Aktivistinnen und Aktivisten ihre Rechte kennen. Eine wichtige Rolle spielen dabei Ermittlungsausschüsse und Legal Teams. Bei größeren Veranstaltungen gibt es fast immer einen Ermittlungsausschuss (EA). Dieser besteht aus Personen, die sich in rechtlichen Fragen auskennen und vor allem bei Ingewahrsam und Festnahmen Unterstützung leisten. Daher ist es wichtig, bei Fest- und Ingewahrsamnahmen die EA-Nummer anzurufen, die meist zu Beginn von Demonstrationen durchgesagt und verteilt wird. Legal Teams sind bei größeren Demonstrationen und Aktionen zivilen Ungehorsams vor Ort und leisten rechtliche Beratung.

„Allein machen sie dich ein“

Sowohl bei Aktionen als auch bei einem möglichen juristischen Nachspiel ist es wichtig, sich nicht alleine zu wissen. Personen aus deinem näheren Umfeld, aber auch politische Organisationen und Gruppen können eine wichtige Hilfe sein, um mit den psychischen, rechtlichen und finanziellen Folgen von staatlicher Repression zurechtzukommen. Die wohl größte Solidaritätsorganisation ist die Rote Hilfe. Die traditionsreiche Organisation unterstützt politisch Verfolgte aus dem linken Spektrum sowohl politisch als auch finanziell (zum Beispiel durch die Übernahme von Anwaltskosten). Sie finanziert sich fast ausschließlich über Mitgliedsbeiträge und Spenden. So findet eine solidarische Umlage von individuellen Kosten auf die Bewegung statt.

David W.

Mehr Infos: www.rav-polizeirecht.de, www.amnestypolizei.de, www.polizeigriff.org, www.rote-hilfe.de

Fotos oben: Bildungstreik in Berlin 2009 - Michael Schulze von GlaBer

Fotos unten: Protest gegen Stuttgart 21 - Chris Grodotzki - www.1000.blogspot.de

Anzeige



Verlag Graswurzelrevolution

Leo Tolstoi, Clara Wichmann, Elisé Reclus, Magnus Schwantje u. a. **Das Schlachten beenden!**

Zur Kritik der Gewalt an Tieren. Anarchistische, feministische, pazifistische und linkssozialistische Traditionen

Waren die modernen Schlachthäuser von Chicago bis Tula/Russland, die im ausgehenden 19. Jh. die Epoche der industriellen Schlachtung und Massentierhaltung einläuteten, wirklich eine »humanere Form des Tötens«, wie es damals propagiert wurde? Gibt es überhaupt moderne, »humane« Formen des Tötens? Leo Tolstoi hat einen dieser modernen Schlachthöfe besucht und war geschockt. Magnus Schwantje hat dann mitten im Ersten Weltkrieg Analysen zum Zusammenhang von Tiermord und Menschenmord veröffentlicht. Für den Anarchisten Elisé Reclus gehörte zu einer anarchistischen Moral die vegetarische Lebensweise. Die Feministin, Juristin und gewaltfreie Anarchistin Clara Wichmann stellte eine Rechtstradition infrage, die Tiere mit Sachen gleichstellte. »Sozialismus heißt ausbeutungsfreie Gesellschaft«, propagierte in den Zwanzigerjahren der »Internationale Sozialistische Kampfbund« (ISK) und meinte damit, dass auch Tiere frei von Ausbeutung leben sollten.

180 S. | 5 Abb. | 14,90 € | ISBN 978-3-939045-13-7

Das Buch zählt für mich inzwischen zu den Leseerlebnissen des Jahres. Nie las ich eine Sammlung historischer Texte, die so unmittelbar zu uns Heutigen spricht. Dass der Tierrechtsgedanke überhaupt eine so lange Tradition hat, ist nur die eine Überraschung, die dieses Buch bereitet. Die viel größere liegt in der Aktualität der Argumente.

Hilal Sezgin, Die Zeit, Nr. 44, 28.10.2010



Ulrike Bürger **Staudamm oder Leben!**

Indien: Der Widerstand an der Narmada

Mehr als 80 Millionen Menschen sind in den letzten fünf Jahrzehnten weltweit durch den Bau großer Staudämme zwangsumgesiedelt worden. Für die indigenen Bevölkerungen sind die Folgen besonders verheerend. Sie werden von ihrem Land vertrieben und ihre angestammte, traditionelle Lebensweise wird zerstört. Der Widerstand gegen Staudammprojekte braucht unsere Solidarität, denn die Ideologie, ökonomische Entwicklung nur durch industrielle Großprojekte erreichen zu können, ist ungebrochen. Das zeigt sich besonders in Indien, das zum Global Player des Industriekapitalismus aufsteigen will. Am Beispiel der Bewegung zur Rettung der Narmada (NBA), der wichtigsten ökologischen Widerstandsbewegung der letzten Jahrzehnte in Indien, zeigt das Buch, wie der globale Kapitalismus Kämpfe um das Wasser, die Energiegewinnung und industrielle Großmachtambitionen hervorbringt. Die Autorin ist längere Zeit in Maan und Maheshwar gewesen, wo Talsperren gebaut werden, die zu dem riesigen Narmada-Staudammprojekt gehören. Sie hat mit vielen Betroffenen und NBA-Aktivistinnen über die Zerstörung der Umwelt und die Bedrohung ihrer Lebensbedingungen und ihren Widerstand sprechen und Informationen aus erster Hand sammeln können.

222 S. | 29 Schwarz-Weiß-Abb. | 14,90 € | ISBN 978-3-939045-15-1



Unsere Buchpräsentationen zur Leipziger Buchmesse 17.3. bis 20.3.2011

Halle 5, Stand A 301

- Mi., 16. März 2011, 20.30 Uhr, Dresden
Das Schlachten beenden!
Prießnitzstraße 18, 01099 Dresden
- Do., 17. März 2011, 15.30–16.00 Uhr, Leipzig, Messegelände
Das Schlachten beenden!
Sachbuchforum Halle 5, Stand A 210
- Do., 17. März 2011, 20.00 Uhr, Leipzig
Das Schlachten beenden!
linXXnet, Buchladen el libro, Bornaische Straße 3d
- Fr., 18. März 2011, 20.00 Uhr, Leipzig-Markkleeberg
Das Schlachten beenden!
Bürgerbüro marXXim, 04416 Markkleeberg, Rathausstraße 72
- Fr., 18. März 2011, 20.30 Uhr, Dresden-Neustadt
Staudamm oder Leben!
AZ Conni, Rudolf-Leonhard-Straße 39
- Sa., 19. März 2011, 17.30–18.00 Uhr, Leipzig, Messegelände
Staudamm oder Leben!
Sachbuchforum Halle 5, Stand A 210
- Sa., 19. März 2011, 19.30 Uhr, Leipzig
Staudamm oder Leben!
Weltladen in der Burstraße 1–5 (Thomaskirchhof)
- Sa., 19. März 2011, Döbeln
Das Schlachten beenden!
Thementag Tierbefreiung mit Abendveranstaltung.
Treibhaus, Bahnhofstraße 56, 04720 Döbeln

Kreative Prozessführung Was soll Repression?

Gerichtsverfahren als Chance sehen

Die Tür hinter dem Richterpult öffnet sich. Mit einem Räuspfern erhebt sich die Wachmannschaft, drohend jeden anschauend, der sich nicht schnell genug für das Ende des Theaterstücks erhebt. Der Richter kommt umgehend zur Sache: „Im Namen des Volkes erkennt das Gericht folgendes für wahr: Der Angeklagte wird des Landfriedensbruches, begangen am 2.6.2007 in Rostock, für schuldig befunden.“ Auf der ZuschauerInnenbank kommt es zu leisen Pöbeleien. Ein strenger Blick der Staatsanwältin reicht aus, um den zögerlichen Protest verstummen zu lassen. Es dauert nicht einmal eine halbe Stunde, da ist Patrick nur aufgrund von Aussagen der Polizeizeugen verurteilt. Sie widersprachen sich zwar, aber der Richter wischte alle Zweifel einfach beiseite. Zurück bleibt bei den Betroffenen und der Soli-Gruppe ein Gefühl der Hilflosigkeit. Es ist die vierte Verurteilung noch vor der Mittagspause. Und letzte Woche waren es insgesamt acht. Nicht einmal das Veranstalten von Soli-Partys bleibt bei so vielen Verurteilungen eine Option, um die individuellen Folgen der Strafen abzuwenden. Scheinbar ist es schwer, auch nur ein kleines bisschen Sand in die Maschinerie der Urteilsfabrik Gericht zu werfen.

Aktionen und AktivistInnen gibt es relativ viele. Aber einen offensiven Umgang mit der Justiz findet man selten. Solidarität beschränkt sich oft auf Händchen halten und Geld spenden. Aus einer zentralen Verteidigungslinie des Systems ein Kampffeld zu machen, kommt scheinbar kaum jemandem in den Sinn. Zu einschüchternd sind die Säle, zu unerfahren die AktivistInnen. „Keine Aussage!“ wird zwar überall propagiert, aber erklärt wird es selten. Noch seltener wird es trainiert. Und z.B. bei Widerstandsverfahren steht man scheinbar der undurchdringlichen Front aus lügenden PolizistInnen, dies unterstützenden StaatsanwältInnen und trotzdem verurteilenden RichterInnen chancenlos gegenüber.

Hinzu kommen oft die eigenen linken AnwältInnen. Zum einen sind sie kreative, widerständige Angeklagte nicht gewohnt (wo sollen die in einer auf Eliten, Zentralen und Großveranstaltungen ausgerichteten politischen Bewegung auch herkommen?) und zum anderen verstehen auch viele linke AnwältInnen Herrschaftssysteme wie Demokratie und Rechtsstaat als etwas Positives, dass es für eine emanzipatorischen Bewegung lediglich zu verteidigen gilt. Außerdem stehen sie soziokulturell im anderen Lager: Sie haben auf denselben Unis wie RichterInnen und StaatsanwältInnen studiert, sind in denselben Vereinen und beherrschen dieselben gesellschaftlichen Codes, die sie gegenüber der Normalgesellschaft privilegieren. So kommt es, dass die meisten Prozesse gegen politisch aktive Menschen bereits nach nicht einmal einer Stunde im Sinne der Herrschenden erledigt sind.

Amtsgericht Bad Oldesloe, Frühjahr 2009. Vor Gericht steht ein Aktivist wegen Widerstands. Die Polizeizeugen und der Angeklagte sind alte Bekannte. Auf seiner Homepage berichtet er regelmäßig kritisch über die Einsätze der örtlichen Polizei. Wo es geht, mit Namen und Fotos der Beamten. „Oh, das ist alles nur ein Missverständnis. Das hätten sie doch gleich so ausdrücken können!“ sagt der Richter, nachdem ihm die vorbereitete Beschwerde auf den Tisch geknallt wird. Klar ist es kein Missverständnis. Der Richter wusste genau, was er tat, als er den Antrag abbügelte. Er wusste nur nicht, dass es zum Plan gehört. Beim Staatsanwalt mag es anders ausgesehen haben. Er sorgte nach einem Befangenheitsantrag gegen

ihn selbst für schmunzelnde Gesichter, als er um eine Pause bat, um seinen Chef anzurufen und dessen Meinung einzuholen. Die Vorbereitung des Angeklagten und des Publikums waren so gut, dass die Justizangestellten die Einzigen im Saal waren, die nicht wussten, dass die Strafprozessordnung keine Befangenheitsanträge gegen den Staatsanwalt vorsieht. Auch ansonsten verläuft das Theaterstück „Inszenierung von Justiz zur Legitimierung von Herrschaft“ heute etwas anders. Allein schon die Dekoration ist ungewöhnlich. Vom Kronenleuchter hängen Luftballons, die böse dreinblickenden Wachtmeister werden bei jeder Gelegenheit unfreiwillig mit Konfetti und Luftschlangen dekoriert. Es gibt einen Zähler für autoritäre Ausraster und Rechtsbrüche des Staatsanwalts und des Richters. Der Richter ist leicht in Führung. Und auch die durch den Saal hüpfenden Flummies machen sich super. Außerdem scheint es, als sei der Angeklagte der Ankläger. Dieser klagt in jeder Äußerung, mit jedem Antrag die Cops an, Widerstandsverfahren am laufenden Band zu erfinden, um unbequeme Menschen zu kriminalisieren. Außerdem klagt er die Gerichte an, das Spiel mitzuspielen, egal wie dummdreist die Cops lügen würden. Der aktuelle Fall ist für ihn nur ein Beispiel, um die Ungleichheit zwischen „Normalos“ und Cops vor Gericht zu thematisieren. Und alles ohne eine einzige Aussage zur Sache. Eine Woche später wird das Verfahren eingestellt. Selbst das lokale Klatschblatt titelt auf Seite 1: „Soli-Prozess endlich eingestellt“. Das Scheitern der gängigen Kriminalisierungspraxis hinterlässt bleibenden Eindruck. Polizei und AktivistInnen treffen sich eine Woche später erneut bei einer Aktion in der Innenstadt. Gut hörbar ermahnt der Truppführer seine Schläger: „Vorsicht, das ist er!“ Das Beispiel zeigt: Durch offensive Strategien vor Gericht lässt sich effektiv Sand ins Getriebe der Justiz streuen. Selbst wenn der Fall nicht eingestellt wird, bieten sich reichhaltige Möglichkeiten, eine Kritik am Herrschaftsinstrument „Justiz“ in die Öffentlichkeit zu tragen. Ein Beispiel dafür ist der „Boehringer-Prozess“ in Hannover im Frühjahr 2010 gegen die BesetzerInnen einer Tierversuchslaborbaustelle, denen Hausfriedensbruch vorgeworfen wurde. Unter reger Berichterstattung in der Hannoveraner Presse dauerte es 15 Verhandlungstage, bis der Schuldspruch gelang. Die Strafprozessordnung bietet viel mehr Möglichkeiten für Angeklagte, als die Gerichte ihnen meistens gewähren. Angeklagte ohne AnwältInnen haben zwar das Recht, die Akte zu sehen, Kopien davon zu machen, Zeugen zu laden und Anträge aller Art zu stellen. Nur: ohne den entsprechenden Druck ignorieren viele Gerichte diese Rechte. Um trotzdem das Gelingen einer offensiven Strategie möglich zu machen, müssen verschiedenen Faktoren zusammenkommen. Das soziale und politische Umfeld der Angeklagten muss bereit sein, einen eventuell langen Prozess mitzutragen. Die Angeklagten müssen gut vorbereitet sein. Und sie sind auf ein widerständiges und ebenfalls gut vorbereitetes Publikum angewiesen, das in der Lage ist, mit den Angeklagten zusammen auch bereits im Vorfeld des Prozesses Druck auf das Gericht aufzubauen. Mit guter Vorbereitung erscheint es durchaus möglich, sowohl Sand im Getriebe des Herrschaftslegitimationsapparats „Justiz“ zu sein, als auch gerade durch das Ausnutzen der sich bietenden Chancen mit widerständigen Prozessen der Justiz und der Polizei ihr Theater auch öffentlich auf die Füße fallen zu lassen.

Hauke

Anzeige

Beispiele aus dem Alltag der BRD

Neben der generellen Funktion der Abschreckung, Einschüchterung und Vergeltung („Wiederherstellung der Rechtsordnung“) in einem gesamtgesellschaftlichen Kontext können die Repressionsorgane mit den ihnen zur Verfügung stehenden Werkzeugen auch ganz konkrete Ziele verfolgen. Anhand einiger konkreter Beispiele soll das verdeutlicht werden:

Einschüchterung von Zusammenhängen

Im Juni 2005 überfällt die Polizei eine Gartenparty in Husum unter dem Vorwand der Ruhestörung, obwohl die Anlage bereits eine Stunde vorher beschlagnahmt wurde. Laut den Betroffenen stürmten die Beamten ohne Vorwarnung auf das Gelände, besprühten die Anwesenden willkürlich mit Pfefferspray und verteilten Tritte und Schläge. Anschließend wurden ausgerechnet die als politisch aktiv bekannten Menschen zur Wache verbracht und wegen Widerstand und Beleidigung angezeigt. Die politisch engagierten AktivistInnen erhoben den Vorwurf, dass der Überfall und die Verfahren aufgrund konstruierter Vorwürfe entstanden seien und das eigentliche Ziel die Einschüchterung von Unbequemem gewesen sei. Die Polizei wollte sich zu den Vorwürfen nicht äußern (www.husum-five.de.vu). Ähnliches passiert regelmäßig, wenn irgendwas Krasses passiert, es einen hohen politischen Druck auf die

Polizei gibt, endlich Ergebnisse zu produzieren, die ErmittlerInnen aber keine Ahnung haben. Beispiele dafür sind die Anschläge auf die Offiziersschule in Dresden 2008 und in Ulm, bei der Militärfahrzeuge abbrannten. Obwohl Sonderkommissionen am Fließband bekannte AntimilitaristInnen „besuchten“, gibt es bis heute keine Anklagen. Die Polizei simuliert einfach einen Plan und hoffte über Einschüchterungen eine „Befriedung“ zu erreichen. Für die (rechtswidrigen) Razzien vor dem G8-Gipfel 2007 gibt die Bundesstaatsanwaltschaft diese Strategie offen zu: „Wir schießen in den Busch und sehen mal, was sich bewegt.“

Ausschaltung von bekannten Einzelpersonen
Im Jahr 2008 beschäftigt sich der Staatsschutz Bad Oldesloe mit einer für eine auf die Verfolgung von politisch Aktiven spezialisierte Abteilung ungewöhnliches Delikt: Diebstahl geringwertiger Sachen. Es geht um Containern, und die Personen, um die es geht, sind den StaatsschützerInnen ein Dorn im Auge. Die Sache geht jedoch gut aus: Die AktivistInnen können mit Hilfe eines widerständigen Publikums und einer offensiven Prozessführung die Prozesse für sich entscheiden. Wenn die Gerichte das Spiel jedoch mitspielen, sieht es finster aus. Der Verurteilungs-Kurs für zerstörte Geldfelder liegt zur Zeit bei Geldstrafen von 15 bis 90 Tagessätzen. Die Gerichte in Gießen jedoch verurteilten den stadtwid bekannten Gerichtskritiker Jörg Bergstedt zu einem halben Jahr Gefängnis. Die Gelegenheit, endlich einen Kritiker ausschalten zu können, wollte sich im Gießener Gerichtskomplex scheinbar niemand entgehen lassen.

Die Rechtssprechung beeinflussen

Zentrales Hindernis für die Macht der Polizei sind Gerichte. Deshalb wird immer wieder versucht, kampagnenartig die Rechtssprechung zu verändern. Ein Beispiel dafür ist die Hetze der Polizeigewerkschaften zur Veränderung des Widerstandsparagrafen. Dieses Hauptinstrument zur Kriminalisierung von Protest sei noch nicht wirkungsvoll genug, um Gewalt gegen PolizistInnen zu verhindern. Ein anderes Beispiel sind die regelmäßigen Razzien des



"Warum sollen wir Kleidung tragen, die von ausgebeuteten ArbeiterInnen hergestellt wurde?"



www.bekleidungssyndikat.de
fair - bio - vegan

ANARCHISTISCHER MAILORDER



BLACK MOSQUITO

NEUE SEITE ONLINE! - BLACK-MOSQUITO.ORG

Uri Gordon
HIER UND JETZT!
Was ist eigentlich heute unter Anarchie zu verstehen? Uri Gordon gibt einen Einblick in die aktuelle politische Kultur des Anarchismus. »Eine umfassende Vision zeitgenössischer anarchistischer Politik.« Feminist Review Nautilus Flugschrift Broschiert, € 18,00

URI GORDON

Abbas Khider
Die Orangen des Präsidenten | Roman
Zwei Jahre verbringt der junge Mahdi in Saddam Husseins Gefängnis – nur sein Talent als Geschichtenerzähler und seine Liebe zur Taubenzucht lassen ihn diese Hölle überleben. Gebunden, € 16,00

HIER UND JETZT
ANARCHISTISCHE PRAXIS UND THEORIE
NAUTILUS FLUGSCHRIFT

Edition Nautilus
www.edition-nautilus.de

Was sind Ultras? „Ultra ist nicht gleich Ultra“

Ein Gespräch mit einem langjährigen Fan des Fußballvereins „Fortuna Düsseldorf“.

Ultra-Gruppen bilden den Kern fast aller aktiven Fanszenen in Deutschland. Sie sind leidenschaftliche Anhänger ihres Teams und ihr Ziel war und ist es stets, die Unterstützung für das eigene Team kreativer, abwechslungsreicher, geschlossener, lauter zu gestalten – oder kurz – zu verbessern. Sie sind aber nicht nur Fans: Die Ultra-Kultur hat sich zu einem höchst interessanten sozialen Phänomen entwickelt.

Ultra-Gruppen entstanden erstmals in Italien gegen Ende der 1960er Jahre. Seit etwa 15 Jahren kopieren Fußballfans in deutschen Stadien die für die Ultras typischen Ausdrucksformen: Die Gesänge und Schlachtrufe werden nicht mehr spontan aus der Kurve angestimmt, sondern die dominierende Ultra-Gruppe vor Ort stellt einen oder mehrere Vorsänger, die – in der Regel mit dem Rücken zum Spielfeld – per Megafon oder Lautsprecheranlage die Kurve dirigieren. Auch Transparente, selbstgemalte Fahnen, Spruchbänder und so genannte Choreographien sind typisch für Ultras. Das Bild der Ultras in den Medien unterscheidet jedoch kaum zwischen Ultras und Hooligans – es entsteht der Eindruck, im Vordergrund stehe auch bei Ultras die Gewalt. Tatsächlich gibt es kaum eine Ultragruppe, die die Anwendung von Gewalt rigoros ausschließt. In fast allen Gruppen besteht der Konsens, dass ein Angriff zumindest auf die Erzrivalen (also die Fans einer besonders „verfeindeten“ Mannschaft) legitim ist. Insofern besteht durchaus eine Parallele zwischen Ultras und Hooligans, aber Gewalt ist bei Ultras nur ein Element unter vielen und nicht wie bei den Hooligans der Kitt, der die Gruppe erst zusammenhält. Zudem ist die jeweilige individuelle Haltung zur Gewalt höchst unterschiedlich. Nicht jeder Ultra ist gleichermaßen gewaltbereit, und der Support steht für die allermeisten Ultras klar im Vordergrund. Zudem blendet die Verkürzung „Ultras = Gewalt“ das komplexe soziale Phänomen, das hinter dieser Fankultur steht, völlig aus. Ultras in Deutschland sind mittlerweile selbst (und gut) organisierte Gruppen mit beachtlichen Strukturen (z.B. eigene Veröffentlichungen, eigene Räumlichkeiten), die Jugendlichen weit mehr Aktivitäten bieten als den Besuch von Fußballspielen (z.B. Konzerte, Filmvorführungen, Diskussionsabende, Workshops oder auch Benefiz-Aktionen zu sozialen Zwecken). Die Gruppe und ihr Treffpunkt ist für die Mitglieder und ihr Umfeld ein Anlaufpunkt und bietet so neben attraktiven und sinnvollen Aktivitäten auch Orientierung. Oftmals leisten die Gruppen eine Arbeit, die in etlichen Punkten der Sozialarbeit ähnelt. In einer Ultra-Gruppe können Heranwachsende außerdem Anerkennung und Bestätigung finden.

Das Zusammenleben in der Gruppe und die vielfältigen Aktivitäten, die durchaus auch über den Fußballkontext hinausgehen, erfordern Engagement, aber auch eine gewisse Disziplin und die Aufstellung und Einhaltung von Regeln. Ultra-Gruppen können also durchaus eine integrierende und sozialisierende Wirkung entfalten. Es spricht außerdem vieles dafür, dass zuletzt in Teilen der Ultraszene eine Art Politisierung stattfindet: Durch den Protest gegen die unmittelbaren Beschränkungen und Repressionen, die die Kommerzialisierung des Fußballs und die staatliche Kontrolle mit sich bringen, beginnen sich mehr und mehr Ultras mit den gesellschaftspolitischen Hintergründen und Tendenzen auseinanderzusetzen. So verbinden und vermischen sich ihre Forderungen mit denen von (links-)liberalen und demokratischen Verbänden und Organisationen. Sie fordern wie amnesty international die Kennzeichnungspflicht von Polizisten oder rufen zur Teilnahme an der Freiheit-statt-Angst-Demo auf. Die Ultras verstehen es also mittlerweile, ihre Interessen zu artikulieren und versuchen, sie auf demokratischem Wege durchzusetzen. Man kann sie folglich durchaus auch als eine Interessenvertretung der aktiven Fanszene verstehen. In vielen Gruppen findet aber auch konkretes soziales Engagement statt, z.B. in Form von Benefizaktionen für soziale Zwecke oder auch in Form von antirassistischer Arbeit.

Abschließend darf nicht unerwähnt bleiben, dass es unmöglich ist zu beschreiben, was die Ultras sind: Allein das deutsche Panorama der Ultras zeigt eine solche Vielfaltigkeit, dass es sich verbietet nun allen Gruppen alle oben aufgezählten Elemente zuzuschreiben. All das Beschriebene wird von Ultras geleistet, aber jede Gruppe geht ihren eigenen Weg und betont unterschiedliche Elemente.

Jonas Gabler

Jonas Gabler (*1981), Diplom-Politologe, studierte an der Freien Universität Berlin und veröffentlichte 2009 seine Diplomarbeit unter dem Titel „Ultrakulturen und Rechtsextremismus – Fußballfans in Deutschland und Italien“ beim PapyRossa-Verlag. Jüngst erschien von ihm sein zweites Buch „Die Ultras – Fußballfans und Fußballkulturen in Deutschland“ wiederum im PapyRossa Verlag.



Anzeige

Ein Gespräch mit einem langjährigen Fan des Fußballvereins „Fortuna Düsseldorf“. Das Gespräch über Ultras, Fußball und Politik gibt einen Einblick in die lokale Fanszene.

utopia: In den Medien wird über Ultras meistens nur in Zusammenhang mit Randalen und Schlägereien zwischen rivalisierenden Vereinen berichtet. Es scheint als seien Ultras gleichzusetzen mit Hooligans. Wie siehst du das, sind Ultras nur Männer, die auf Gewalt aus sind?

Zunächst mal möchte ich festhalten, dass Ultras nicht nur Männer sind, sondern das auch viele Frauen aktiv sind. Ultragruppen kann man nicht pauschalisieren. Es gibt da kleinere und größere Gruppen, wo dann oft nur wenige das Sagen haben. Die Gruppen haben natürlich auch unterschiedliche Ziele, da gibt's Gruppen, denen es darum geht den anderen die Fahne abzuzocken und auf's Fressbrett zu hauen. Aber Ultra ist ein Begriff, den jeder für sich selbst definieren muss und genauso gibt es auch Gruppen, die sich politisch engagieren. Jede Gruppe ist da unterschiedlich und sollte für sich betrachtet werden.

utopia: Vielleicht erzählst du uns dann kurz, wie du dazu gekommen bist, dich als Fußballfan politisch zu engagieren und was es für dich bedeutet, ein Ultra zu sein.

Ich bin als Kind von meinem großen Bruder zur Fortuna mitgenommen worden, habe dann auch die Liebe zum Verein entdeckt. Als ich irgendwann angefangen habe, alleine zu den Spielen zu gehen, so mit 16, fing das dann an, dass ich mich politisch interessiert und dann auch Anschluss an Gruppen gesucht habe, die sich engagieren. Für mich ist es ganz klar, dass ich mich für Politik interessiert und dass das mit Betreten des Stadions auch nicht plötzlich von mir abfällt. Ultra bedeutet für mich die Mannschaft kreativ zu unterstützen, die Vereinspolitik kritisch zu verfolgen und auch im Stadion meine Meinung auszudrücken.



Ultras im Stadion | Foto: www.ultrasdüsseldorf.de

utopia: Du bist als Fan in einer kleinen Gruppe politisch aktiv. Gibt es einen Grundkonsens oder Schwerpunkte, denen ihr euch widmet?

Grundsätzlich verstehen wir uns als kritische antifaschistische Fans. Wir setzen uns für Antisexismus, Gleichberechtigung und Antirassismus ein. Für uns spielt es keine Rolle woher du kommst oder, ob du jetzt männlich oder weiblich bist. Wir sehen uns, wie gesagt als kritische Fans, die aktiv und selbstbestimmt ihre Mannschaft unterstützen. Der „normale“ Stadionbesucher geht oft einfach nur hin, säuft literweise Bier und konsumiert, was ihm vorgesetzt wird, sehr passiv also. Es geht immer mehr um das ganze Programm drumherum. Es gibt immer mehr Werbung im Stadion – Tore, Halbzeiten werden zum Beispiel von Stadtparkassen „präsentiert“. Von Fußball an sich geht es immer weiter weg. Eben da versuchen wir die Leute zum Nachdenken anzuregen, kritischer zu sein.

utopia: Vielleicht stellst du uns einige Projekte und Aktionen vor, die ihr organisiert oder an denen ihr beteiligt seid.

Da gibt's einige. Viele bei uns sind im „Alerta Network“ aktiv. Das ist ein Netzwerk von Gruppen aus ganz Europa und auch Lateinamerika. Wir treffen uns eigentlich mindestens ein Mal pro Jahr, spielen auf einem großen antirassistischen Fußballturnier zusammen, tauschen uns aus mit anderen Gruppen, was so in anderen Städten los ist. Über

das Alerta Network werden auch Aktionen abgesprachen, die von den einzelnen Gruppen in ihrer Stadt, in ihrem Stadion durchgeführt werden. Die F.A.R.E.-Woche [Football against racism in Europe] planen wir auch mit. Dabei geht es um Antidiskriminierung, da beteiligt sich dann der ganze Verein mit dran. Das ist auch eine europaweite Aktion, die unter anderem auch von der UEFA mitgetragen wird.

Auch durch Transpis versuchen wir im Stadion immer wieder auf uns aufmerksam zu machen. Außerdem gibt es noch „Refugees welcome“, da laden wir in regelmäßigen Abständen Flüchtlinge zu Heimspielen ein. Das sieht dann so aus, dass wir uns treffen, zusammen zum Spiel fahren und einfach einen schönen Tag haben. Es ist toll zu sehen, wie sich die Leute darüber freuen. Für mich ist das ja selbstverständlich jedes Wochenende ins Stadion zu fahren, viele Menschen haben aber nicht die Möglichkeit dazu. Das wird dann durch Spenden, die wir sammeln, finanziert.

Stay! unterstützen wir noch, das ist eine Organisation, die sich um Flüchtlinge kümmert, deren Aufenthaltsstatus unklar ist oder die illegal hier sind. Die organisieren zum Beispiel Anwälte oder Unterkünfte.

Auch beim „StandUp!-Cup“, einem kleinen Fußballturnier, beteiligen wir uns. Das wird von unterschiedlichen politisch aktiven Gruppen organisiert – hat bis jetzt zwei mal stattgefunden, spricht vor allem antifaschistische Gruppen aus der Umgebung an.

utopia: Was für Ideen und Konzepte stecken dahinter?

Die Idee dahinter ist halt, die Leute aufmerksam zu machen, zu sensibilisieren – was passiert so um mich herum. Ja, dass sich Fans nicht einfach alles gefallen lassen, sondern auch selbst aktiv werden.

utopia: Wie sind die Reaktionen darauf?

Es gibt viele Fans, die das unterstützen bzw. beifürworten. Gerade in letzter Zeit interessieren sich viele junge Leute. Dann gibt es eine große schweigende Masse, also vielleicht kann man sagen, dass sich da im Stadion die Gesellschaft widerspiegelt. Das ist ziemlich ausgewogen, neben denen die es gut finden, gibt es dann genau so Leute, die ablehnend reagieren oder die es gar nicht interessiert. Leute die dann oft sagen: „Ey, was soll die ganze linke Scheiße?“

utopia: Wie können interessierte Fans außerhalb des Stadions auf euch zukommen und bei euch mitmachen?

Wir bieten dienstags im „Linken Zentrum“ in Düsseldorf eine Info-Kneipe an. „Fan-Café“ nennt sich das Ganze, mit regelmäßig stattfindenden Veranstaltungen. Ansonsten wird zusammen gekocht, Bierchen getrunken, Spaß gehabt. Wir sind immer offen für neue Leute und freuen uns.

utopia: Ein paar abschließende Worte?

Grundsätzlich würde ich vorsichtig mit Pauschalierungen sein – Ultras nicht mit Hooligans gleichsetzen. Und genauso gibt es auch linke Hooligan-Gruppen. Kritisch sein, hinterfragen, nicht immer alles glauben, was einem erzählt wird.

utopia: Dir darf man glauben?

Mir darf man glauben...wenn ihr wollt.

Interview: Jan & Dominik

PapyRossa | Luxemburger Str. 202 | 50937 Köln

Michael Schulze von Glaßer:
An der Heimatfront – Öffentlichkeitsarbeit und Nachwuchswerbung der Bundeswehr

Eigene Printpublikationen, TV-Werbespots, Jugendoffiziere in Schulen, Reklamestände auf Marktplätzen – immer öfter wirbt die Bundeswehr in der Öffentlichkeit um Zustimmung. Wo sie nicht direkt werben kann, macht die Armee Reklame in zivilen Medien. Ein umfassender Überblick über die Imagepflege des Militärs und dessen Werbemethoden.

260 Seiten; Euro 16,-

Mario Tal (Hg.):
Umgangssprachlich Krieg
Testfall Afghanistan und deutsche Politik

Das Geflecht aus Politik, Wirtschaft, Militär und Medien um den deutschen »Einsatz« in Afghanistan: Ökonomische und geostrategische Interessen, Afghanistan vor und nach der US-Intervention, Frauenrechte als Kriegspropaganda, der NATO-Krieg und seine Ausweitung, »Fall Kundus«, »Terrorabwehr« als Probe für den Einsatz der Bundeswehr im Innern.

275 Seiten; Euro 14,90

Tel.: 02 21 / 44 85 45 | www.papyrossa.de | mail@papyrossa.de

„Hey Ultra, vergiss dein Coming-Out, hier wird ein echter Mann gebraucht!“

oder: Was Fußball, Homophobie und klassische Geschlechterrollen miteinander zu tun haben

Fußball ist in Deutschland und vielen anderen europäischen Ländern ein gesellschaftlich wichtiger und anerkannter Sport. Die Welt- und Europameisterschaften der männlichen Profifußballmannschaften sind Großereignisse, die auch von der Politik zum Aufbau und zur Legitimation einer patriotischen Denkweise genutzt werden.

Klar umrissen ist dabei der Rahmen, in dem sich die Fußballszene bewegt: Es geht um Männer, die Fußball spielen und andere Männer, die ihnen dabei zugucken. Immerhin wird Fußball oftmals noch als klassischer Männersport bezeichnet und es wird verstärkt von Jungs erwartet, dass sie sich für diesen Sport interessieren. Passend dazu ist das Bild eines Fußballers eindeutig: Das eines „starken“ Mannes. Unter anderem zählt Homosexualität eindeutig zu den „weichen“, unerwünschten Seiten, die dieser Mann nicht zeigen sollte. Das Bild eines Fußballfans ist dabei ähnlich dem des Fußballers: Typisch männlich, stark und sicherlich nicht jenes einer Frau. Diese klare Abgrenzung der eigentlichen Nebensächlichkeiten des biologischen Geschlechts ist für die meisten hingegen sehr wichtig. Dies findet sich auch innerhalb der Ultraszene wieder. Können Schwule Fußball spielen? Gegen Ende des Jahres 2010 hat sich FIFA-Präsident Joseph Blatter zur Weltmeisterschaft 2022 in Katar geäußert, dass homosexuelle Fans während des Besuchs der WM auf Sex verzichten sollten. Homosexualität sei dort gesetzlich verboten und könne mit Gefängnisstrafen geahndet werden.

Dies ist nicht der einzige Fall einer offenen homophoben Einstellung im Profifußball. 2004 äußerte beispielsweise der frühere Trainer der österreichischen Nationalmannschaft Otto Barić in mehreren Interviews, dass seine Spieler echte Kerle sein müssten und Homosexuelle nicht für - sondern höchstens gegen ihn - spielen könnten. Auch der ehemalige Spieler des 1. FC Köln Paul Steiner sagte während einer Fernsehdiskussion, dass er sich nicht vorstellen könne, dass Schwule Fußball spielen könnten. Statistiken zufolge müssten mehrere Profifußballer homosexuell sein, jedoch hat sich bislang kein einziger geoutet. Prinzipiell raten viele Expert_innen von einem Outing ab, der mediale Druck wird als zu hoch prognostiziert. Im Kontrast dazu stehen die Profifußballerinnen, unter denen mehrere offen homosexuell leben. Warum sich Homophobie oftmals nur auf homosexuelle Männer bezieht, ist eine Frage, die nicht

zufriedenstellend geklärt werden kann und zu der es mehrere Antwortansätze gibt.

So wie die homosexuellen Profifußballerinnen in ihrer sexuellen Ausrichtung akzeptiert scheinen, so wenig werden die weiblichen Fußballfans als gleichwertig zu den männlichen gesehen. Diese werden zumeist eher im Zusammenhang mit weiblichen (Profi-)Fußballmannschaften erwartet. Generell gibt es unglaublich wenig weibliche Fußballfans, die in Stadien zugegen sind. Gerade auch unter den „normalen“ Fans werden diese

eher als „Mitbringsel“ angesehen und nicht als tatsächlich Interessierte akzeptiert. Diese Einstellung macht vor keiner Szene Halt und somit auch nicht vor den „Ultras“, inner-

halb deren Fankultur es zwar einige Gruppen mit einem (links-)politischen und emanzipatorischen Anspruch gibt (die damit die deutliche Ausnahme sind). Der Großteil ist jedoch als neutral beziehungsweise entgegengesetzt einzustufen.

So wird zum Beispiel von einigen Gruppen offen gegenüber sich (neu) im Umfeld bewegenden Frauen kommuniziert, dass diese sich gar nicht erst bemühen bräuchten, da Frauen grundsätzlich nicht aufgenommen würden. Als Gegen- und Neuentwicklung sind weibliche Untergruppen und Vorsängerinnen

(„Capos“) zu nennen, die inzwischen vereinzelt auftreten.

(Männliche) Homosexuelle sind offen so gut wie gar nicht anzutreffen und würden nach der Einschätzung vieler Ultras bei einem Großteil auch nicht akzeptiert werden.

Ob es nun daran liegt, dass Frauen und Homosexuellen – hierbei insbesondere den Männern, von homosexuellen Frauen wird ja schon eher erwartet, dass sie wie „halbe Männer“ sind - nicht zugetraut wird, sich im Falle eines Falles (gegen eine andere Gruppe, Ordner oder die Polizei) verteidigen zu können, sei dahingestellt.

Wichtig ist es hingegen die Problematik zu erkennen und die Aufklärung darüber, dass es eigentlich völlig egal ist, ob jemand weiblich, homosexuell oder was auch immer ist, überall hin getragen wird – auch zum Fußball.

Rooney

Anzeigen

FAIR-TRADE-T-SHIRTS-GIRLIES-TANKTOPS-POLOS-KAPUZENPULLOVER

ZONA ANTI-FASCISTA

grandioso-versand.de
grandioso-textildruck.de

JACKEN-PÄTTCHES-BUTTONS KAPUZEN - LONGSLEEVEES

MUSIK-FAHNEN-ZINES-BOOKS-STREETWEAR-TASCHEN-RUCKSÄCKE

BUCHMESSE MANNHEIM

ANARCHIE

9/10.4.2011

1. Anarchistische Buchmesse Mannheim
9./10. April 2011 · Jugendkulturzentrum FORUM

http://buchmesse.anarchie-mannheim.de/
buchmesse@anarchie-mannheim.de

Richterspruch:

Asyl oder kein Asyl

Wie in Deutschland Flüchtlinge befragt werden

Die Bundesrepublik Deutschland gewährt nur etwa einem Prozent der AsylbewerberInnen Asyl. Asyl bekommen nur die Flüchtlinge, die politisch verfolgt werden und für die ein Schutz in dem Herkunftsland nicht möglich ist. Bevor das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge aber die Entscheidung über den Aufenthaltsstatus der Flüchtlinge festlegt, müssen alle volljährigen Flüchtlinge kurz nach ihrer Einreise in einem sogenannten Interview ihre Fluchtgründe erklären. Dieses Interview ist die einzige Möglichkeit ihre Gründe darzustellen, deshalb also enorm wichtig.

Die Chance richtig zu nutzen, ist aber gar nicht so einfach, denn der/die AnhörerIn darf –solange es keine anderen Beweismittel der Verfolgung gibt – den/dieAsylbewerberInaufgrund von Unglaubwürdigkeit ablehnen. Als nicht glaubwürdig gilt ein Flüchtling zum Beispiel, wenn er/sie unstrukturiert den – oft jahrelangen – Fluchtweg darstellt oder Details vergisst. Hat er allerdings einen Notizzettel als Orientierungshilfe, wird ihm vorgeworfen, er würde eine erfundene Geschichte ablesen. Fragen wie „Wie alt waren Sie, als sie die achte Klasse besucht haben?“ oder „Wie heißt ihr Großvater väterlicherseits mit vollem Namen?“ müssen ohne Zögern beantwortet werden.

Ivan Mislovoic (Name geändert) berichtete in seinem Interview von der Verfolgung seiner 20 Mitbewohner, nachdem ihm ein Geldraub unterstellt wurde. In dem Ablehnungsbescheid wird er als unglaubwürdig eingeschätzt. Der Grund:Man hätte die Verfolger beim Namen genannt, wenn

man diese Situation wirklich erlebt hat. Im Interview selbst wurde er aber nie nach den Namen oder näheren Details zu den Verfolgern gefragt. Die Erfahrungen einer misshandelten indischen Frau zeigen, wie hilflos Flüchtlinge dem/der AnhörerIn, der unter AsylbewerberInnen auch ‚Richter‘ genannt wird, ausgeliefert sind. Ihr Anhörungstermin wurde unerwartet vorverlegt. Als sie sich weigerte den Termin direkt wahrzunehmen, da sie eine Sozialarbeiterin als Vertrauensperson mit in das Gespräch nehmen wollte, wurde sie nach dem Namen gefragt. Da die indische Asylbewerberin lediglich den Vornamen der Sozialarbeiterin nennen konnte, missachtete die Mitarbeiterin des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge ihren Wunsch und drohte ihr, sie direkt abzuschieben, wenn sie nicht den Interviewtermin wahrnehmen würde. Der anwesende, männliche Dolmetscher, macht der verzweifelten Frau dann deutlich, dass er nicht alle Details ihrer Erzählung über die brutalen Misshandlungen und Vergewaltigungen ihres Mannes ins Deutsche übersetzen wolle, da in der hinduistischen Gesellschaft eine Frau nicht so über ihren Ehemann reden dürfe. Flüchtlinge dürfen nach ihren Erfahrungen weder verwirrt, unsicher oder zögerlich sein; sie sind abhängig von der Stimmung ihres Anhörers – dem Richter.

Eva W.

Die Autorin hat ein Praktikum in einer Asylverfahrensberatungsstelle gemacht.



Abschiebeknast Büren in Ostwestfalen | Foto: Michael Schulze von Glaßer

Rassistisch, das sind die Anderen?

Repression gegen Migrant_innen und ihr Nutzen

Menschen in ein Auto zu zerren und an einen unbekanntem Ort zu bringen, ist eine Entführung. Wenn die Entführer_innen nach § 58 des Aufenthaltsgesetzes handeln, ist das eine Abschiebung – hier werden nicht die Entführer_innen, sondern die Entführten, Menschen ohne Aufenthaltserlaubnis, zu Verbrecher_innen. Die Unterscheidung zwischen beiden Fällen wird durch die Erfindung der Staatsbürgerschaft ermöglicht. Diese bedeutet immer, dass bestimmte Gruppen illegal werden.

Die Idee von Staatsangehörigkeit führt zu einem Zugehörigkeitsgefühl, welches die Solidarität mit denen, die nicht dazu gehören, bricht.

In Deutschland leben ein bis zwei Millionen Menschen ohne Papiere, also ohne gültigen Pass. Sie sind gezwungen, unter extrem ausbeuterischen Bedingungen zu arbeiten, Zugang zu öffentlichen Einrichtungen wird ihnen – etwa mit dem so genannten „Denunziantenparagraf“, der Mitarbeiter_innen öffentlicher Stellen verpflichtet, Papierlose an die Ausländerbehörde zu verraten – systematisch versperrt. Papierlose werden vom Großteil der Bevölkerung nicht wahrgenommen. Dafür sorgt die Unterbringung in Flüchtlingslagern und der Zwang für Papierlose, sich „unsichtbar zu machen“, um nicht abgeschoben zu werden. Migrant_innen sind dagegen weitestgehend machtlos, weil sie keine politische Stimme haben.

Davon profitieren nicht nur Gesetzgeber_innen und Unternehmer_innen, sondern auch Menschen, die Zugang zu einigermaßen Arbeitsbereichen haben: Nicht selbst putzen müssen, nicht selbst auf Kinder aufpassen müssen, et cetera.

Nationalität ermöglicht, die Entrechtung bestimmter Gruppen normal scheinen zu lassen: Lager, rassistische Passkontrollen an Bahnhöfen, rassistische und ausbeuterische Arbeitsteilung, die Verschleppung von Menschen im Rahmen von Abschiebung. Pässe ermöglichen, bestimmte Rechte als natürliche Ansprüche zu empfinden, statt das Gefühl zu haben, dass manche Menschen systematisch entrechtet werden. Colette Guillaumin beschreibt dies kurz: „Race does not exist, but it does kill people.“ - Rasse existiert nicht, aber sie tötet Menschen.

Papierlose leben in Deutschland, ohne auf ihren Namen Wohnungen mieten zu können, ohne einfach zu Ärzt_innen gehen zu können, ohne anderen von ihrer Situation erzählen zu können, ohne problemlos ausstehenden Lohn einklagen zu können. Einsatz für Illegalisierte und gegen Illegalisierung muss einbezogen werden, wie die speziellen Notlagen im medizinischen, finanziellen oder psycho-sozialen Bereich verursacht werden. Erst dann wird soziale Arbeit politisch.

termine

- 1. März (19.30 Uhr), DFG-VK-Geschäftsstelle Stuttgart (auch 2. März (19.30 Uhr) Bonhoeffer-Haus Karlsruhe und 3. März Kulturpalast Linden Hannover): „...aber hat nicht gedient“ - Junge Menschen im Widerstand gegen Militär und Krieg - Eine Multi-Media-Schau von und mit Timo Vogt
- 2. März (20 Uhr), Trier - TuFa (Kleiner Saal): Vortrag und Diskussion über Bundeswehr-Werbung an Schulen: „Werben fürs Sterben“ www.schulfrei-fuer-die-bundeswehr-rlp.de
- 2. März (19.30 Uhr) Café Grottemeyer (Salzstraße 24), Münster: Eine Chance für Europa - Situation der Roma in Europa www.aktion302.de
- 8. März: Internationaler Frauentag
- 12. März, Neckarwestheim bis Stuttgart: Anti-Atom-Menschenkette - www.anti-atom-kette.de
- 16. März 2011 (20 Uhr), Kulturzentrum „zakk“ Düsseldorf: Opferperspektiven: Rechte Gewalt in NRW und deren Opfer - www.zakk.de
- 19.-20. März, Hannover: Tagung: Subversive Aktion als emanzipatorische Praxis? www.subversionstagung.blogspot.com
- 22. März, bundesweit: Aktionstag gegen das Asylbewerberleistungsgesetz - www.deutschland-lagerland.de
- 26. März (20 Uhr), Bhf.-Bochum-Langendreer: Veranstaltung und Konzert für eine Zukunft ohne Antisemitismus, Krieg und Rassismus!
- 8.-10. April, Mannheim: Anarchistische Buchmesse www.buchmesse-mannheim.blogspot.de
- 25.-26. April, bundesweit: Tschernobyl-Jahrestag
- 17. Juni (ab 18 Uhr) - 19. Juni (bis 14 Uhr), Frankfurt a. M.: Tagung: Vom Scheitern und Gelingen sozialer Bewegungen - Eine Diskussion über Erfahrungen und Herangehensweisen. Verant.: die Bewegungstiftung. Infos und Anmeldung (bald anmelden!): bewegungstagung.de

impresum

Utopia Nr. 18

utopia herrschaftslos – gewaltfrei,
 Nr. 18 Frühjahr 2011
www.jugendzeitung.net | redaktion@jugendzeitung.net
www.myspace.com/jugendzeitung
 Layout: Lena Zirkel
 Auflage: 14.000.



utopia wird von Jugendlichen für Jugendliche gemacht. Sie erscheint alle drei Monate, separat und als Beilage der Monatszeitung Graswurzelrevolution. utopia kann und soll kostenlos z.B. auf Demos, in Schulen, Unis, Jugendtreffs usw. verteilt werden. Die utopia ist auf Spenden angewiesen. Kontodaten und Einzugs ermächtigungen auf www.jugendzeitung.net/spenden
 Verlag Graswurzelrevolution e.V., Sitz Heidelberg. Redaktion Graswurzelrevolution: Breul 43, 48143 Münster, Tel. 0251/48290-57, Fax: -32, redaktion@graswurzel.net. GWR-Vertrieb, Birkenhecker Str. 11 Str. 24, D-53947 Nettersheim. Verantwortlich sind im Grunde alle, doch im Sinne des Presserechts ist dies: Michael Schulze von Glaßer, c/o GWR-Red. Münster. www.graswurzel.net

utopia ist eine Zeitung zum Mitmachen. Bei uns können junge Menschen Artikel schreiben über Themen, die sie interessieren. Bei uns kannst du dein Schreibtalent unter Beweis stellen, nette Menschen kennen lernen, dich am Layout beteiligen, deine Ideen einbringen. Genauso suchen wir noch Leute, die utopias unter die Leute bringen. Gehst du auf Demos? Oder du machst Veranstaltungen? Wir schicken dir gerne einige Exemplare zu!

Reclaim the media!

iz3w: Kritik an der herrschenden Weltordnung

Was für die meisten wie eine willkürliche Aneinanderreihung von Schriftzeichen aussieht, ist für viele, die sich kritisch mit Nord-Süd-Themen auseinandersetzen, eine der wichtigsten Informationsquellen: Die „iz3w“ ist eine nach dem in Freiburg ansässigen „Informationszentrum 3. welt“ benannte Zeitschrift. Sie versorgt seit 1970 ihre Leserinnen und Leser mit kritischen Analysen zu Nord-Süd-Themen, zum Beispiel aus den Bereichen Globalisierung, Migration, Menschenrechte oder Entwicklungspolitik.

Die Zeitschrift wird von einem Redaktionsteam gestaltet, das sich aus drei bezahlten Kräften und rund zehn ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zusammensetzt. Für einzelne Artikel wird auf einen Pool von etwa 200 Autorinnen und Autoren zurückgegriffen. Die meisten davon zählen auf ihren jeweiligen Fachgebieten wahrscheinlich zu den kompetentesten Personen im deutschsprachigen Raum. Immer wieder kommen auch Personen aus den Regionen, über die berichtet wird, zu Wort. Die Zeitschrift erscheint alle zwei Monate und enthält neben einem Schwerpunktbereich zu wechselnden Themen viele aktuelle Informationen aus allen Regionen der sogenannten „3. Welt“.

Die iz3w versteht sich nicht als „neutrale“ Informationsquelle, sondern kritisiert die bestehende Ordnung und streitet für die „Abschaffung der globalen Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse“. Bei der Kritik kommt auch die eigene „Szene“ nicht zu kurz. Viele Artikel setzen

Die Katastrophe von Tschernobyl

Erst wurde der Unfall vertuscht und bis heute werden die Folgen heruntergespielt

Am 26. April jährt sich der Unfall im Atomkraftwerk Tschernobyl zum 25. Mal. Bis heute wird über die Zahl der Toten gestritten. Die offiziellen Angaben der Weltgesundheitsorganisation werden mit der Internationalen Atomenergiebehörde abgestimmt, einer Lobbyorganisation für die Atomkraft. Die Katastrophe zeigt außerdem, dass den Mächtigen ihr Ansehen wichtiger ist als die Gesundheit der Bevölkerung.

Im schwedischen Atomkraftwerk Forsmark gab es die ersten Zeichen: Die Geigerzähler knattern ohne Pause. Das sind die Geräte, mit denen Radioaktivität gemessen wird. Die Strahlung ist deutlich höher als normalerweise, und das auch noch einen Kilometer entfernt vom Reaktor. Der Kraftwerksleiter löst Alarm aus, die Bevölkerung wird über Rundfunk informiert. Doch die Gefahr kommt nicht aus dem Kraftwerk in Forsmark. Die Schweden merken an jenem Tag die Folgen einer Atomkatastrophe, wie es sie bis dahin noch nicht gegeben hat: In Tschernobyl, mehrere hundert Kilometer entfernt, war es zwei Tage vorher zum Super-GAU gekommen.

Die Sowjet-Regierung verheimlicht den Unfall

Das Atomkraftwerk Tschernobyl liegt in der Ukraine, nahe der Grenze zu Weißrussland. Das Datum verändert die Welt: Der 26. April 1986 steht für das Versagen der sogenannten zivilen Nutzung der Atomenergie. Bekannt wird das Drama aber erst in den Tagen danach. Nachdem in Forsmark Alarm geschlagen wurde, messen auch andere Orte in Skandinavien erhöhte Werte. Wetterexperten rechnen aus, woher die radioaktive Wolke gekommen sein muss: Aus der damaligen Sowjetunion. Dort wird die Katastrophe zunächst vertuscht, erst nach den Vorwürfen aus Westeuropa gibt die autoritär-kommunistische Regierung zu, dass es einen „Unfall“ gab. In einer geheimen Sitzung des Zentralkomitee soll Generalsekretär Michail Gorbatschow gesagt haben: „Wenn wir die Öffentlichkeit informieren, sollten wir sagen, dass das Kernkraftwerk gerade renoviert wurde, damit kein schlechtes Licht auf unsere Ausrüstung geworfen wird.“ Die Bevölkerung wurde auch erst nach mehr als 24 Stunden über den Unfall informiert und aufgefordert, die Stadt zu verlassen.

Radioaktive Wolke stoppt an französischer Grenze

Auch in Frankreich versucht die Regierung, möglichst wenig Aufsehen zu erregen. Panikstimmung oder Kritik an der Atomenergie sollen gar nicht erst aufkommen, schließlich wird der größte Teil des Stroms aus der Kernspaltung gewonnen. Die angeblich gemessene radioaktive Belastung für Frankreich lässt nur einen Schluss zu: Die radioaktive Wolke ist von Tschernobyl gen Westen gezogen, über Deutschland hinweg, aber an der französischen Grenze hat sie Halt gemacht... Inzwischen hat der damalige französische Umweltminister eingeräumt, die Werte seien um das 1.000fache niedriger angegeben worden als zutreffend. Wie es dazu kam, ist angeblich nicht mehr nachvollziehbar. Bis heute dürfen in manchen Teilen Bayerns bestimmte Pilze nicht gegessen werden, weil der Boden durch den Regen radioaktiv verseucht wurde und sich die Strahlung noch immer in den Pilzen konzentriert. Weltweit ist die Strahlenbelastung durch Tschernobyl angestiegen – der Unfall ist somit heute noch nachweisbar, wenn auch die jährliche Strahlendosis sehr gering ist.

Streit um die Todesopfer

Durch die Katastrophe haben Tausende Menschen ihre Heimat verloren. Allein in Weißrussland wurden über 100.000 Menschen

umgesiedelt. Wie viele an den gesundheitlichen Folgen gestorben sind, darüber gibt es einen großen Streit. Die Schätzungen reichen von 50 bis zu knapp 100.000 Toten. Eine genaue Zahl zu ermitteln ist vor allem deshalb schwierig, weil eine Krankheit sich häufig nicht eindeutig auf die höhere Radioaktivität als Ursache zurückführen lässt. Im Jahr 2005, knapp 20 Jahre nach der Katastrophe, gibt die Weltgesundheitsorganisation WHO zusammen mit der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) eine Mitteilung heraus. Darin heißt es, bislang lasse sich der Tod von weniger als 50 Menschen auf den Unfall zurückführen. Insgesamt erwarte man etwa 4.000 Tote. Dabei seien in den Jahren 1986 und 1987 etwa 200.000 Rettungs- und Bergungsarbeiter der Strahlung ausgesetzt worden. Damals wurden vor allem junge Soldaten aus der ganzen Sowjetunion zum Reaktor gebracht, damit sie – kaum geschützt – die Reaktortrümmer wegräumen. Oft waren sie der Strahlung nur wenige Minuten ausgesetzt, aber die reichten, um ihr Leben zu verändern. Viele wurden krank oder starben an den Folgen.

Vertrag mit Atomlobbyorganisation

Dass die Weltgesundheitsorganisation WHO solche niedrige Todeszahlen veröffentlicht, könnte auch mit einem Kooperationsvertrag zusammenhängen, der 1959 mit der Atomenergiebehörde IAEA geschlossen wurde. Darin heißt es: „Jedes Mal, wenn eine der Parteien beabsichtigt, ein Programm oder eine Aktivität in einem Bereich zu unternehmen, der von erheblichem Interesse für die andere Partei ist oder sein könnte“ – also aus Sicht der WHO jegliche Forschung, die mit Atomenergie zusammenhängt – dann müsse sich die WHO mit der IAEA abstimmen, „um die Frage in gegenseitiger Übereinstimmung zu regeln“. Bei Studien über Tschernobyl arbeiten WHO und IAEA dann auch sehr eng zusammen. Und die IAEA wiederum ist nicht so unabhängig, wie sie manchmal gerne dargestellt wird.

Sie hat zwei Ziele: Zum einen will sie den unerlaubten Handel mit radioaktivem Material unterbinden, um das Risiko von Atomwaffengebrauch zu senken. Zum anderen fördert sie aber die so genannte zivile Nutzung der Atomenergie. Im Statut der IAEA heißt es: „Die Behörde versucht den Beitrag von Atomenergie zu Frieden, Gesundheit und Wohlstand in der Welt zu beschleunigen und auszuweiten.“

Politische Folgen von Tschernobyl

Nach der Katastrophe von Tschernobyl entflammt die Debatte um Atomkraft neu. Die Kraftwerksbetreiber betonen immer wieder, dass ein solcher Unfall in einem deutschen Kraftwerk ausgeschlossen sei. Exakt der gleiche Vorgang würde sich tatsächlich wohl nicht wiederholen. Dennoch: Tschernobyl hat gezeigt, dass etwas eintreten kann, das sich zuvor niemand ausmalen konnte oder wollte. Deswegen ist auch die Bezeichnung „Super-GAU“ nicht übertrieben. GAU steht für den Größten Anzunehmenden Unfall, bei dem keine großen Mengen an Radioaktivität freigesetzt werden. Alles, was darüber hinaus geht, wird mit Super-GAU bezeichnet. In Deutschland erstarkt nach Tschernobyl die Anti-Atomkraft-Bewegung, die SPD ist nun für den Ausstieg, nachdem sie sich gerade mal zwei Jahre vorher gegen den Neubau von weiteren Reaktoren ausgesprochen hatte. Und in Italien wird das wahr, wovon Umweltschützer weltweit träumen: In einem Volksentscheid beschließt die Bevölkerung die Stilllegung der Atomanlagen, vier Jahre später geht dort der letzte Reaktor vom Netz.

Felix W.



sich zum Beispiel kritisch mit Entwicklungshilfe oder der globalisierungskritischen Bewegung auseinander. „Grundsätzlich nähern wir uns jeder Thematik kritisch“, erklärt Friedemann Königter, einer der Redakteure. „Eine feste politische Linie gibt es nicht.“ Von anderen Zeitungen unterscheidet sich die iz3w durch ihre Unabhängigkeit, so Königter. Sie wird vom Verein Aktion Dritte Welt e.V. herausgegeben und ist unabhängig von großen Organisationen. Finanziert wird sie fast ausschließlich aus Verkaufserlösen, Spenden

und Anzeigen. Die Auflage beträgt knapp 3000 Exemplare. Die meisten davon sind Abos, aber auch in einigen alternativen Buchhandlungen kann man die iz3w kaufen. Die Leserinnen und Leser kann man laut Königter in zwei typische Gruppen einteilen: Zum einen Alt-68er, die seit vielen Jahren die iz3w lesen, zum anderen linke Studierende. „Die meisten beschäftigen sich beruflich oder ehrenamtlich mit Nord-Süd-Themen.“ Entsprechend werden auch die Inhalte gestaltet. Wer Grundlageninformationen leicht vermittelt bekommen will, liegt bei der iz3w falsch. Die Artikel gehen in die Tiefe und setzen zum Teil geschichtliche, wirtschaftliche oder politische Vorkenntnisse voraus. Wer sich aber intensiv und kritisch mit der herrschenden Weltordnung auseinandersetzen will, wird auf Dauer nicht um die iz3w herumkommen.

David W.

Der Autor studiert in Freiburg Jura und macht in Kürze ein Praktikum im Informationszentrum 3. welt.

Mehr Infos: www.iz3w.org